



Nr. 1/1994

W L P - NACHRICHTEN

Mitgliederzeitschrift des Wiener Landesverbandes für Psychotherapie

INTERESSENSVERTRETUNG

Achtung Fußangel: Psychotherapie und Krankenkasse 1994	Seite 2
Länderfrage KAG-Novelle: ein Überblick zum Status quo	Seite 3

ÖBVP-VERBANDSPOLITIK

ÖBVP Generalversammlung 1994:	
Wichtige Weichenstellungen	Seite 4
Antragsprüfungskommission	Seite 5
Generalversammlung kontrovers	Seite 6

WLP - AKTUELL

WLP-Studie zur Situation der Psychotherapie in Wien	Seite 7
Die neue Umsatzsteuerregelung	Seite 9
Das war 1993: Stichworte zum abgelaufenen WLP-Jahr	Seite 10

WLP-VERANSTALTUNGEN

Wege zum Menschen in der VHS Urania Wien	Seite 11
Störfaktor Psychotherapie ? im Octogon der CA	Seite 11
WLP-Regionaltreffen	Seite 12

ACHTUNG FUSSANGEL!

PSYCHOTHERAPIE UND KRANKENKASSE 1994

Auch wenn es nach wie vor keinen Gesamtvertrag zwischen PsychotherapeutInnen und Krankenkassen und damit auch im allgemeinen keine "Psychotherapie auf Krankenschein" gibt, wie sie in der 50. ASVG-Novelle vorgesehen und zur Begründung von Beitragserhöhungen herangezogen wurde, gibt es im derzeitigen "vertragslosen Zustand" einige Entwicklungen, auf die wir das Augenmerk der Wiener PsychotherapeutInnen lenken möchten:

BERICHTSPFLICHT DES PSYCHOTHERAPEUTEN?

Aus einigen Bundesländern - z.B. Salzburg, Steiermark, vorläufig noch nicht aus Wien - ist uns bekannt geworden, daß die dortigen Gebietskrankenkassen dazu übergegangen sind, PsychotherapiepatientInnen nach einiger Zeit die Zahlung des Zuschusses zu verweigern, wenn sie keine Behandlungsberichte ihres Therapeuten beibringen.

Sozialminister Hesoun stellt dazu in Beantwortung einer Anfrage an den ÖBVP vom 26.11.1993 unter anderem wörtlich fest: *"Was schließlich die Frage einer allfälligen Berichtspflicht der Psychotherapeuten gegenüber dem Krankenversicherungsträger anlangt, so ist dazu festzuhalten, daß eine solche gesetzlich nicht vorgesehen ist. Bei Bestehen eines Vertragsverhältnisses zwischen Krankenversicherungsträger und Psychotherapeuten könnte sie sich allenfalls aus den vertraglichen Verpflichtungen ergeben ... Macht der Krankenversicherungsträger die Leistung eines Kostenzuschusses an den Versicherten von der Übermittlung eines Berichts des behandelnden Psychotherapeuten abhängig, so steht es dem Versicherten, der nicht in der Lage oder Willens ist, einen derartigen Bericht beizubringen, frei, seine Ansprüche im Leistungsstreitverfahren geltend zu machen."*

Damit ist klargestellt, daß es gegenwärtig keinerlei Rechtsgrundlage für derartige Forderungen der Krankenkassen gibt, was offensichtlich jedoch einige Krankenkassen nicht daran hindert, solche dennoch zu stellen und dabei wohl auch darauf zu spekulieren, daß zumindest einige PatientInnen und TherapeutInnen darauf eingehen oder eben auf den Kostenzuschuß verzichtet wird. Tatsächlich ist es vereinzelt schon vorgekommen, daß sich PsychotherapeutInnen in den betroffenen Bundesländern - um ihren PatientInnen den Kostenzuschuß weiter zu sichern - auf die Ablieferung mehr oder weniger ausführlicher Berichte eingelassen haben

Es liegt auf der Hand, daß dies eine völlig untragbare und gefährliche Entwicklung ist: Erstens stellt diese Vorgangsweise der betreffenden Kassen einen unakzeptablen Eingriff in die

therapeutische Beziehung dar: Auf den Patienten wird Druck ausgeübt, von seinem Therapeuten eine Art "Gefälligkeitsleistung" zu erbitten, zu der dieser selbst gegenüber der Krankenkasse ja nicht verpflichtet ist und für die diese ihn auch nicht bezahlt.

Zweitens begibt sich der Psychotherapeut, wenn er sich womöglich zu inhaltlichen Berichten hinreißen läßt, in die Gefahr, gegen seine strenge gesetzliche Verschwiegenheitspflicht über alle ihm anvertrauten Geheimnisse zu verstoßen.

Drittens stellt diese Vorgangsweise den Versuch dar, den Psychotherapeuten "durch die Hintertüre" kostenlos zu Arbeitsleistungen zu verpflichten, die allenfalls einmal im Rahmen eines derzeit ja verweigten Vertragsverhältnisses gegen Bezahlung zu erbringen wären.

Um zumindest die schlimmsten Fehlentwicklungen zu verhindern, hat z.B. der Salzburger Landesverband seinen Mitgliedern geraten, wenn überhaupt, dann jedenfalls keinesfalls mehr zu tun, als auf einem Formular anzukreuzen, ob das Krankheitsbild sich teilweise verbessert, gleichgeblieben oder verschlechtert hat, und damit die Notwendigkeit der Fortführung der Therapie zu begründen. Ähnliches wäre für das Berichtswesen im Fall eines Gesamtvertragsabschlusses im Gespräch gewesen.

Aus dem Wiener Versicherungsbereich liegen uns noch keine Meldungen über derartige Vorkommnisse vor und wir hoffen auch, daß es so bleiben wird. Wir ersuchen Sie jedenfalls dringlich, uns über das WLP-Büro gegebenenfalls sofort zu informieren, wenn Sie mit derartigen Forderungen konfrontiert werden, damit wir umgehend intervenieren können. Sollte dies nichts fruchten, werden wir alle zweckdienlichen Schritte setzen, um derartige rechtswidrige Praktiken abzustellen. Zudem stellen wir Ihnen für Ihre Patienten nähere Informationen über das oben erwähnte Leistungsstreitverfahren zur Verfügung, das nach der derzeitigen Rechtslage auf jeden Fall zum Erfolg führen müßte.

ÄRZTLICHE UNTERSUCHUNG

Vereinzelt ist es vorgekommen, daß PatientInnen von ihrer Krankenkasse aufgefordert wurden, nicht nur am Beginn ihrer Psychotherapie, sondern auch für jedes weitere Quartal eine ärztliche Untersuchung nachzuweisen. Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger hat inzwischen endgültig gegenüber seinen Krankenversicherungsträgern klargestellt, daß dies nicht dem ASVG entspricht, daß demnach weiterhin eine ärztliche Untersuchung nur am Beginn der Psychotherapie und nicht in jedem Quartal vorzunehmen ist.

Sollten Sie bzw. Ihre PatientInnen trotzdem mit

derartigen Forderungen konfrontiert werden, ersuchen wir Sie, die Krankenkasse auf die Rechtslage und die Klarstellung des Hauptverbandes hinzuweisen und auch das WLP-Büro davon zu informieren, um

gegebenenfalls eine Intervention zu ermöglichen.

Dr. Gerhard Stemberger
WLP-Vorsitzender

Die KAG-Novelle

EIN ÜBERBLICK ZUM STATUS QUO

Bundesgesetzblatt vom 26. Nov. 1993, § 11 b: *"Die Landesgesetzgebung hat sicherzustellen, daß in den auf Grund des Anstaltzwecks und des Leistungsangebots in Betracht kommenden Krankenanstalten eine ausreichende klinisch psychologische und gesundheitspsychologische Betreuung und eine ausreichende Versorgung auf dem Gebiet der Psychotherapie angeboten wird."* Artikel III (1): *"Die Länder haben die Ausführungsgesetze zu Art I innerhalb eines Jahres zu erlassen."*

Dieser kleine Absatz ist der letztendlich Gesetz gewordene Torso eines vormaligen Entwurfes, welcher in detaillierter Weise von der verpflichtenden Einführung eines kompletten vierten Gesundheitsdienstes im Krankenhaus - eben eines psychotherapeutischen neben dem ärztlichen, pflegerischen und dem Verwaltungsdienst - gesprochen hatte.

Aber der herben Enttäuschung nicht genug, wird in den Erläuterungen formuliert: *"Als berechnigte Personen werden nach dem Psychologen- und Psychotherapiegesetz berechnigte Personen in Betracht kommen, daneben auch Fachärzte für Psychiatrie und Neurologie bzw. Neurologie und Psychiatrie sowie sonstige Ärzte, die eine von der Österreichischen Ärztekammer angebotene und anerkannte Zusatzausbildung absolviert haben."*

Wir haben somit ein Bundesgesetz, welches weder die grundsätzliche Notwendigkeit von Psychotherapie im Krankenhaus, noch das Ausmaß in brauchbarer Weise definiert, noch eine praktikable Differenzierung der Aufgabenstellung von psychologischer Betreuung und psychotherapeutischer Versorgung oder eine klare Vorgabe bezüglich der Finanzierung formuliert. Darüberhinaus wird der zur psychotherapeutischen Versorgung berechnigte Personenkreis de facto von der Berufsbezeichnung Psychotherapeut entkoppelt.

Soweit die Ebene der Bundesgesetzgebung, d.h. der Bundespolitik. Aber was bleibt als Perspektive für die zukünftige Realität im Krankenhaus, was ist z.B. für Wien noch zu verhandeln? Stellungnahme der Wiener Landesregierung zum ursprünglichen KAG-Entwurf: *"Eine gesetzliche Verankerung der Tätigkeit der Psychotherapeuten in den Spitälern wird nicht befürwortet. Es ist nämlich nicht Aufgabe des Krankenanstaltengesetzes, berufsrechtliche Bestimmungen über das Tätigwerden aller Berufsgruppen im*

Krankenhaus zu normieren. ... Durch die bestehende Gesetzeslage wird aber weder die Tätigkeit der Psychotherapeuten noch die Tätigkeit der übrigen Berufsgruppen, die nicht im Krankenanstaltengesetz verankert sind, behindert. Bemerkte sei, daß eine gesetzliche Vorschreibung psychotherapeutischer Betreuung in den Spitälern auch dem Grundsatz widerspräche, alle Behandlungen oder Betreuungen, die außerhalb von stationären Einrichtungen erfüllt werden können, dort und nicht in den teureren stationären Einrichtungen zu realisieren.

Aus dargelegten Gründen spricht sich das Amt der Wiener Landesregierung gegen eine gesetzliche Verankerung der Tätigkeit von Psychotherapeuten im Krankenhaus aus."

Das also ist unsere Ausgangslage, d.h.: die Aussichten auf eine für unseren Berufsstand günstige Landesregelung sind alles andere als rosig. Umsomehr, da diese strikt ablehnende Haltung der Wiener Landesregierung in auffällender Diskrepanz zu den Stellungnahmen aller anderen Landesregierungen steht (überwiegend grundsätzliche Befürwortung, lediglich finanzielle Bedenken). Dennoch liegt es nun an uns, mit aller Kraft und allen Mitteln die - allerdings sehr kurze - Zeit und den eventuell noch bestehenden Spielraum so gut als möglich zu nützen. Hierfür brauchen wir allerdings jede nur mögliche Unterstützung (politischer, konzeptiver und personeller Art)!!! Es gilt, den Bedarf an institutioneller Psychotherapie gut untermauert zu argumentieren; es gilt, ein kompromißfähiges Modell institutioneller Psychotherapie auszuarbeiten und vorzulegen; es gilt, aufzuzeigen, welche gut funktionierenden Modelle der psychotherapeutischen Versorgung es an Wiener Krankenanstalten vielleicht schon gibt (als Orientierung), bzw. in welchem Ausmaß Psychotherapie unter anderen Rollendefinitionen de facto schon existiert, etc., etc.

Der Vorstand des WLP bittet daher alle KollegInnen, die Interesse an diesem Thema haben oder glauben, in irgendeiner Form etwas zum Gelingen dieser Aufgabe beitragen zu können, zu einem Diskussionsabend am **Dienstag, 15. 2. 1994, 20.00h** im WLP Büro, Rosenbursenstr. 8/3/7, 1010 Wien

Dr. Klaus Vavrik
WLP-Vorstandsverantwortlicher
für Psychotherapie in Institutionen

ÖBVP-Generalversammlung am 29.1.1994 in Linz:

WICHTIGE WEICHENSTELLUNGEN

Machen Sie von Ihren Mitgliederrechten Gebrauch!

Am Samstag, dem 29.1.1994, tritt in Linz (Festsaal des Neuen Rathauses) von 14.00 - 18.00h die 3. ordentliche Generalversammlung des ÖBVP zusammen. Die Generalversammlung ist bekanntlich das höchste beschlußfassende Organ des ÖBVP. Jedes Mitglied des WLP ist eingeladen und teilnahmeberechtigt, jedes ordentliche Mitglied abstimmungs- und wahlberechtigt.

Diese Generalversammlung findet in einer Situation statt, in der

- viel Arbeit an der Lösung wichtiger berufspolitischer Aufgaben ansteht (nach wie vor die Bemühung um eine befriedigende Regelung der Krankenkassenfinanzierung für Psychotherapie; um eine angemessene Lösung der zahlreichen offenen Probleme der PsychotherapeutInnen in Ausbildung; um eine möglichst gute Verankerung der Psychotherapie in den Krankenanstalten im Rahmen der Umsetzung der KAG-Novelle auf Länderebene etc.);

- in vielen wichtigen Fragen des weiteren Aufbaus und Kurses des ÖBVP Meinungsverschiedenheiten bestehen, die dringend einer Klärung bedürfen; stark vereinfacht gesagt: Soll der ÖBVP sich in erster Linie als berufspolitische Interessenvertretung verstehen oder als Sachwalter des "umfassenden Projekts Psychotherapie"? Wie soll die Aufgaben-, Kompetenz- und Finanzenteilung zwischen Landes- und Bundesebene gestaltet werden? Welcher Arbeits- und Führungsstil soll den ÖBVP prägen?

Dementsprechend große und z.T. unterschiedliche Erwartungen werden in die Generalversammlung gesetzt, wie sich in der Vielzahl von Anträgen zeigt, die bis jetzt bei der ÖBVP-Antragsprüfungskommission eingelangt sind: Lesen Sie dazu bitte den Beitrag des Vorsitzenden dieser Kommission, Gerhard Stumm, in dieser Ausgabe der WLP-Nachrichten, aber auch die Beiträge, die verschiedene ÖBVP- und WLP-Mitglieder und -Funktionäre uns zu ihren Vorstellungen von der GV zur Verfügung gestellt haben.

Der WLP-Vorstand ist im vergangenen Jahr für eine klare Orientierung an den berufspolitischen Interessen und Aufgaben eingetreten, für einen sachlichen, transparenten, demokratischen Arbeits- und Führungsstil und für das Anliegen einer wesentlich besseren Ausstattung der Landesverbände mit den für die zunehmende Arbeit erforderlichen Ressourcen. Daran wollen wir uns auch in der bevorstehenden Generalversammlung orientieren.

Bei der Generalversammlung stehen u.a. die Entscheidungen über die ÖBVP-Finzen und das ÖBVP-Präsidium an.

Wie aus dem Bericht von Gerhard Stumm hervorgeht, wird die erste Entscheidung, die die GV am 29.1. zu treffen haben wird, die sein, welche Aufgaben sich die Generalversammlung an diesem Tag nun tatsächlich stellt:

entweder nur die notwendigsten Interimsentscheidungen (Finanzgebarung und Präsidium für die nächsten paar Monate) treffen und Arbeitsgruppen einrichten, die eine a.o. Generalversammlung in etwa drei Monaten gründlich vorbereiten, wo dann die Grundsatzentscheidungen (neue Statuten, Finanzplan 1994, neues Präsidium) getroffen werden,

oder die Grundsatzentscheidungen über Statutenänderungen, Präsidiums-Neuwahl und Budget an Ort und Stelle treffen - alles andere der Bundeskonferenz delegieren.

Angeichts des derzeitigen Standes der Meinungs- und Willensbildung im ÖBVP neigt der WLP-Vorstand gegenwärtig zu einer Lösung, die zwischen den beiden vorgeschlagenen Varianten liegt:

Eine Entscheidung über Präsidium und Finanzplan 1994 erscheint uns schon deshalb unaufschiebbar, weil wir für die Arbeit im Landesverband möglichst bald, jedenfalls aber noch vor der WLP-Landesversammlung Anfang März klare Verhältnisse bezüglich der Aufgabenverteilung und der finanziellen Ressourcen im laufenden Jahr brauchen. Entscheidungen über allfällige weitergehende Statuten- und Strukturveränderungen im ÖBVP hingegen erfordern unserer Meinung nach noch bessere Vorbereitung und wären in einer später stattfindenden a.o. Generalversammlung wohl besser aufgehoben. Zudem meinen wir, daß, sollten dabei weitergehende Veränderungen beschlossen werden, diese erst 1995 in Kraft treten sollten, um einen geordneten Übergang zu ermöglichen.

Zum Jahresvoranschlag 1994 lagen in der ihnen zugegangenen Einladung zur GV verschiedene Modelle des ÖBVP-Kassiers H. Bartuska bei. Der WLP-Vorstand ist derzeit mit keiner der vorgeschlagenen Varianten einverstanden, da sie u.E. keine ausreichende finanzielle Ausstattung des Landesverbandes vorsehen und die für Bundesbüro und Präsidium vorgesehenen Finanzmittel die Möglichkeiten und Erfordernisse zu überschreiten scheinen. Der WLP-Vorstand bereitet deshalb seine eigenen Budgetvorstellungen vor und wird sich um eine Abklärung dieser Vorstellungen noch vor der GV mit den anderen Landesverbänden und den Kandidaten für das neue Präsidium bemühen.

Zur Neuwahl des Präsidiums: Die fünf gegenwärtig aktiven Präsidiumsmitglieder haben ihre Absicht mitgeteilt, erneut zu kandidieren; Darüber hinaus hat W. Wladika (dzt. WLP-Vorstand) seine Bereitschaft zu einer Kandidatur bei einer etwas anderen Zusammensetzung des Präsidiums angemeldet; Bei der Wahlkommission für die GV (aus Wien: A. Seidlmann) können noch geeignete Wahlvorschläge eingebracht werden.

Wie immer Sie sich entscheiden wollen - machen Sie jedenfalls von ihren Mitgliederrechten Gebrauch! Kommen Sie zur Generalversammlung, beteiligen Sie sich an der Meinungs- und Willensbildung. Es geht um wichtige Fragen für unseren Berufsstand, deren Entscheidung auch ihre eigene zukünftige berufliche Situation wesentlich mitbeeinflussen kann!

Dazu noch einige Hinweise:

Ihre personellen Vorschläge für das nächste ÖBVP-Präsidium richten Sie bitte an die Wahlkommission des ÖBVP (c/o Friedrich Fehlinger, 4040 Linz, Berggasse 51).

Sollten Sie persönlich an der Teilnahme verhindert sein, machen Sie von Ihrem statutarischen Recht Gebrauch, Ihre Stimme an ein anderes Mitglied zu delegieren (schriftlich; einem anwesenden Mitglied kann nur jeweils eine weitere Stimme übertragen werden).

PS: am Abend "Masquerade" im Rathaus!

Dr. Gerhard Stemberger
Vorsitzender des WLP

Vorläufiger Bericht aus der Antragsprüfungskommission

ZUR GENERALVERSAMMLUNG DES ÖBVP IM JÄNNER 1994

Die Arbeitsweise dieser Kommission orientiert sich am Entwurf zur Geschäftsordnung, die der Generalversammlung unter Top 4 zur Beschlußfassung vorliegt und hat bisher zweimal getagt.

Aufgabenstellung der Kommission:

- Die Anträge auf ihre Verständlichkeit, auf ihren Antragscharakter, auf ihre formale Stimmigkeit und Vereinbarkeit mit anderen Regelungen innerhalb des ÖBVP zu prüfen,
- sie den einzelnen Tagesordnungspunkten zuzuordnen und
- im Falle konkurrierender Anträge in eine Reihenfolge zu bringen.

Es liegen bisher 37 Anträge vor, davon allein 20 zu Top 11: Statutenänderungen. Diese betreffen vor allem - den Status der propädeutischen Ausbildungseinrichtungen - die Rolle der Bundeskonferenz hinsichtlich Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern - die Neuorganisation des Präsidiums

Vorschlag zu neuer Tagesordnung

Es ist naheliegend, daß die ausgesandte Tagesordnung unmöglich zur Gänze am 29.1.94 behandelt werden kann. Es liegen zwei Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor:

Antrag 1 sieht sinngemäß vor: Bei der Generalversammlung konstituieren sich Arbeitsgruppen, die sich mit den vorliegenden Anträgen befassen und diese bis zu einer zu beschließenden a.o. Generalversammlung aufbereiten. Gleich zu behandeln wären: Mitgliedsbeiträge 94, Finanzpolitik bis zur a.o. GV, Verlängerung der Funktionsperiode des derzeitigen Präsidiums bis zur a.o. GV. Die

außerordentliche Generalversammlung würde dann die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die Finanzgebarung 94 und die Neuwahl des Präsidiums zu behandeln haben. Antrag 2: Präsidiumsfragen (Statut, Neuwahl) und Budget 94 gleich behandeln, Rest wird an BUKO delegiert

Dr. Gerhard Stumm

Ein Kommentar aus Wiener Sicht

Nach eingehender Diskussion im Wiener Landesvorstand wurde deutlich, daß keiner der beiden oben angeführten Anträge zur Änderung der Tagesordnung unterstützt werden kann.

Antrag 1 wird deutlich abgelehnt, da damit die Arbeit des Wiener Landesverbandes auf unbestimmte Zeit lahmgelegt würde, indem kein Budget 94 und somit keine Kalkulation und Arbeitsplanung für 1994 auf Landesebene möglich wäre. Vorstellungen über den Finanzbedarf für 1994 gibt es in Wien seit 3 Monaten; es besteht die Gefahr, daß über derartige Verzögerungen, die im wesentlichen aus Strukturfragen zwischen Bundespräsidium und einigen Länderververtretungen resultieren, die erarbeitete solide Wiener Arbeitsbasis Schaden leidet.

Antrag 2 wird aus Wiener Sicht abgelehnt, weil Strukturfragen bezüglich Präsidium gleich mitbehandelt werden sollen, was aber gerade für 29.1.94 ein aussichtsloses Unterfangen darstellt. Somit wird Wien den von Gerhard Stemberger beschriebenen Antrag einbringen.

Von der zahlreichen Unterstützung dieses Antrages wird es abhängen, ob begonnene und geplante Projekte in Wien weiter- bzw. durchgeführt werden können: Und wer regionales Selbstbewußtsein zeigt, muß noch lange nicht nach dem Florianiprinzip handeln: Wien

wird deshalb einen Budgetentwurf vorlegen, der alle Bereiche berücksichtigt.

Walter Kabelka
Geschäftsführer

GENERALVERSAMMLUNG KONTROVERS - EINE UMFRAGE

Zweck und Ziele der bevorstehenden ÖBVP Generalversammlung aus der Sicht von Mitgliedern und Funktionären

Folgende zwei Fragen stellte der WLP einigen Funktionären und Mitgliedern:

1. Was sind Ihrer Meinung nach die 2-3 wichtigsten Fragen, die die Generalversammlung zu klären und zu entscheiden hat?
2. Welche Entscheidung in diesen Fragen befürworten Sie?

Folgende Beiträge haben uns erreicht, die wir auszugsweise und zusammengefaßt hier wiedergeben:

Alfred Pritz, Präsident des ÖBVP

Ziele der GV: 1. bessere Kooperation Landesverbände und Präsidium, 2. Neuzusammensetzung des Präsidiums, 3. die konkrete und ideelle Zielformulierung des ÖBVP für die nächsten Jahre.

Walter Lindner, Vorsitzender OÖLP

1. Abstimmung der Ziele; Berufsverband soll an erster Stelle eine Vertretung der Mitglieder sein.
2. Verteilung der finanziellen Mittel: Verschiebung hin zu den Ländern.
3. Organisatorischer Umbau des ÖBVP zu einer Organisation, die von den Ländern getragen wird.

Traudl Szyszkowitz, Vorsitzende StLP

1. Verbesserung der Zusammenarbeit Ausbilder Länder Präsidium
dazu: Klausurtagung für Buko-Mitglieder; mehr Zeit für Bukos selbst.
2. Strategien zum Mitgliederstand des ÖBVP
dazu: Kammermodell überlegen

Eva Pichler, ehem. Vorsitzende SLP

1. Klärung des Verhältnisses Psychotherapeuten i.A. zu Praktikumsplätzen
dazu: Überlegung eines Aufnahmestops bei Ausbildungswerbern
2. Klärung, wie Psychotherapeuten i. A. genügend Klienten für geforderte Praxisstunden bekommen
3. Honorierung der Vorstandsmitglieder der Landesverbände; Transparenz der Gelderverteilung.

Margit Türtscher-Drexel, Urs Wagner, Vorsitzende VLP

1. Neugewichtung der Kräfte und Entscheidungsfunktionen innerhalb des ÖBVP

zugunsten der Landesverbände

2. Frage nach Leitbild, Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, Kundenorientierung, Finanzfluß Position:

- Vorrang des ÖBVP als Berufs- und Interessensvertretung
- Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern nach dem Prinzip der Subsidiarität
- Strukturänderung des Präsidiums nach föderalistischem Modell
- bessere finanzielle Ausstattung der Landesverbände

Hermann Radler, Präsidium ÖBVP, zuständig für Pth i.A.

1. Aufgabenklärung des ÖBVP
2. ehrenamtliche Mitarbeit vs. hauptamtliche Funktionäre; Tendenz: Professionalisierung, Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.
3. Verlängerung der Amtsperiode von Funktionären auf 4 Jahre
4. Größeres Engagement des ÖBVP in Sachen Ausbildung.

Reinhardt Lobe, WLP-Referat PR

1. Festlegung der psychotherapeutischen Versorgung für alle als wichtigste Aufgabe
2. Umgestaltung des Verteilungsschlüssels der Budgetmittel zugunsten der Landesorganisationen
3. Einrichtung eines Arbeitsausschusses zur Klärung von Möglichkeiten der Einbindung bisheriger Nichtmitglieder, damit diese zumindest teilweise die Leistungen der Berufsvertretung finanziell mittragen

Ilse Döring, Rechnungsprüferin des ÖBVP

Ziel: Generalversammlung als Möglichkeit zur basisdemokratischen Bestätigung der vereinspolitischen Arbeit und Leistungen; dafür ist Verbesserung des Informationsflusses erforderlich, um GV nicht zu einer Überraschungsveranstaltung werden zu lassen; diese Verbesserung kann erreicht werden in einem zwischen folgenden Elementen abgestimmten Prozeß:

- transparent entscheidendes Präsidium
- themenzentrierte Arbeitskreise (von GV oder Buko eingerichtet)
- mehr Zeit und Informationsfluß für Bukos
- aktive Teilnahme der Einzelmitglieder während des Jahres am Geschehen des jeweiligen Landesverbandes

WLP-Studie

ZUR SITUATION DER PSYCHOTHERAPIE IN WIEN

1. Teil der Ergebniszusammenfassung

Es wäre natürlich völlig übertrieben, zu behaupten, von Anfang bis Mitte Oktober sei man kaum mehr ins WLP-Büro hineingekommen, weil die Fragebögenberge sogar das Öffnen der Eingangstür unmöglich gemacht haben. Das sind wohlmeinende Gerüchte. Wahr ist vielmehr: Die Beteiligung auf unsere Befragung hat alle überrascht und liegt mit 45% (706 BeantworterInnen) weit über der "Rücklaufquote", die man bei derartigen Aktionen vernünftigerweise erwarten kann.

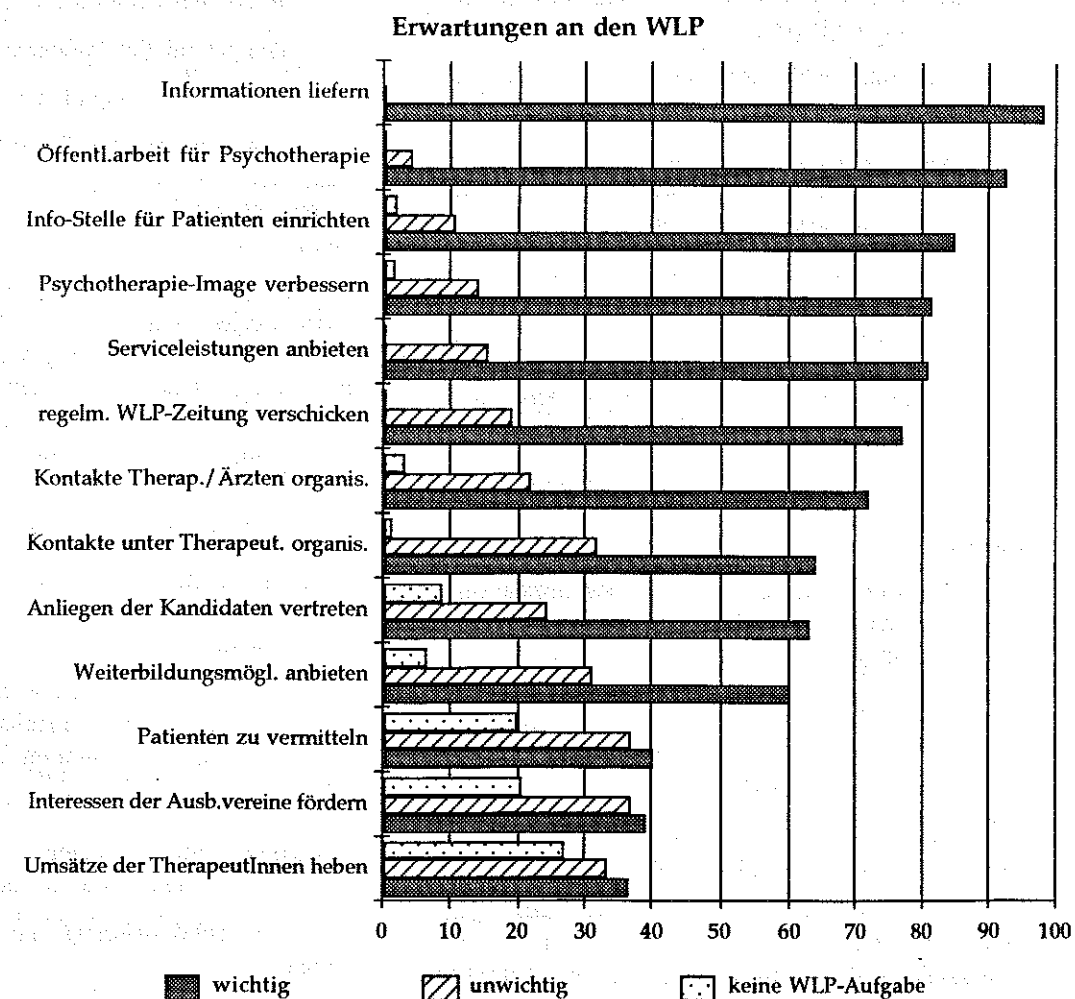
Jedenfalls hat sich der Vorstand dazu entschlossen, daß ich möglichst bald die Mitglieder von den Ergebnissen der "WLP-Studie" informieren soll. Sie haben also hiermit den ersten von drei geplanten Artikeln vor sich, in denen ich Ihnen einige der Informationen liefern möchte, die aus den Daten der Befragung ableitbar sind. Aus gegebenem Anlaß beginne ich mit dem Kapitel über

DIE ERWARTUNGEN AN DEN WLP

also den Antworten auf die Frage, welche Aufgaben der Berufsverband nach Meinung der Wiener PsychotherapeutInnen wahrnehmen sollte.

Um davon einen Eindruck zu bekommen, wurde in den Fragebogen eine Liste von 13 möglichen Agenden (und eine offene Antwortkategorie) aufgenommen. Es wurde darum ersucht, jede dieser möglichen Vorgaben danach einzustufen, für wie wichtig man sie ansieht (1 - 4) bzw. ob sie nach Meinung des/der Befragten keine Aufgabe des WLP darstellt.

Die Grafik gibt einen zusammenfassenden Überblick.



Aus der Darstellung läßt sich zunächst einmal ableiten, daß die Erwartungen an den WLP groß sein dürften. Das läßt sich zunächst daraus schließen, daß nur wenige Punkte von höheren Anteilen (jeweils etwa 20 - 25%) als keine WLP-Aufgabe eingeschätzt werden:

Die Interessen der Ausbildungsvereine zu fördern, die Umsätze der Mitglieder zu heben oder Patienten zu vermitteln gehört demzufolge nicht in den vorrangigen Aufgabenkreis des Verbandes. - Denn andererseits finden über 30% unserer KollegInnen, daß auch diese Punkte wichtige Verbandsaktivitäten sein sollten. Wie man sehen kann, werden sieben Aufgaben von jeweils mehr als 70% der Befragten als wichtig eingestuft:

- Informationen liefern,
- Öffentlichkeitsarbeit für die Psychotherapie betreiben,
- eine Informationsstelle für potentielle Patienten einrichten,
- das Image der Psychotherapie verbessern,
- Serviceleistungen anbieten (wie z.B. Versicherungen, Praxisorganisation),
- eine regelmäßig erscheinende WLP-Zeitung verschicken und
- Kontakte zwischen PsychotherapeutInnen und ÄrztInnen zu organisieren.

Diese Erwartungen können aus zwei Gründen als ziemlich einhellig bezeichnet werden:

1. Vergleicht man die Antworten der Freiberufler mit denen der (auch oder nur) Angestellten, so ergibt sich nur ein - sehr plausibler - Unterschied:

- Die freiberuflich Tätigen finden die Förderung von Kontakten zwischen Ärzten und Therapeuten in deutlich höherem Ausmaß eine wichtige Aufgabe des WLP als jene, die in einer Institution angestellt sind (und diese Möglichkeiten wahrscheinlich in hinreichendem Maße haben).

2. Es gibt nur in drei Fragen unterschiedliche Auffassungen zwischen ÖBVP-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern:

Jene, die bisher nicht dem Verband beigetreten sind, finden folgende Dinge in etwas geringerem Maße eine wichtige Aufgabe des WLP:

- das Image der Psychotherapie verbessern,
- Kontakte zwischen PsychotherapeutInnen und ÄrztInnen zu organisieren und
- Serviceleistungen anbieten (wie z.B. Versicherungen, Praxisorganisation).

Aus all diesen Angaben läßt sich natürlich noch nichts darüber ableiten, wie intensiv und mit welcher Professionalität der Verband seine Aufgaben betreiben sollte. Man kann aber jedenfalls behaupten, daß eine

Diskrepanz zwischen den Erwartungen an den WLP und der bisher beobachtbaren Bereitschaft besteht, sich an den Aktivitäten zu beteiligen. Diese Folgerung drängt sich bei einem Vergleich dieser Ergebnisse mit der Tatsache auf, daß 1992 fast 20% der Mitglieder ihre Mitgliedbeiträge (noch) nicht gezahlt haben; ein noch deutlicheres Indiz ist die äußerst geringe Beteiligung bei Landesversammlungen oder anderen (Informations-)Veranstaltungen. Andererseits spricht die unerwartet hohe Beteiligung an dieser Befragung aber wieder für ein Ausmaß an Interesse, das möglicherweise vom Verband nicht hinreichend oder nicht mit den entsprechenden Mitteln aktiviert wird.

Die Antworten auf diesen Fragenblock lassen sich auch so interpretieren, daß dem WLP zum Großteil drei Aufgabenbereiche zugewiesen werden: Informationen bereitstellen (insbesondere durch die Zeitung), die Tätigkeit der Psychotherapeuten im Vorfeld ihrer Arbeit zu unterstützen (durch Serviceleistungen und Kontaktherstellung zwischen Ärzten und Therapeuten), allgemein die Leistungsfähigkeit von Psychotherapie bekannter zu machen und damit ihren Stellenwert zu erhöhen.

Noch genereller lassen sich die Erwartungen als Bedürfnis nach Orientierung in drei Richtungen zusammenfassen:

- intern, das heißt für die KollegInnen selbst,
- den potentiellen Patienten gegenüber und
- einer breiten Öffentlichkeit gegenüber.

Eine nach wie vor aktuelle und wichtige Diskussion dreht sich um die Frage, ob der ÖBVP bzw. seine Landesverbände ein Psychotherapie- oder ein Psychotherapeuten-Verband sein soll oder zu sein hat.

Die vorliegenden Ergebnisse bieten zur Beantwortung dieser Frage zunächst keine direkte Hilfe, da sich diesbezüglich die Meinung der Befragten mit der Bemerkung "beides" zusammen fassen läßt. Aber das trifft insofern nicht ganz zu, als bei näherer Betrachtung doch eindeutig jene Aktivitäten in wesentlich höherem Maße als wichtig eingestuft werden, die ziemlich klar einem Psychotherapie-Verband zuzuordnen sind. D.h. im Mittelpunkt des Interesses steht, daß der WLP das Umfeld der je eigenen Tätigkeit bearbeitet und die Rahmenbedingungen verbessert.

Für diese Ansicht sprechen auch eine Reihe von Bemerkungen, die im Fragebogen zu dieser Frage gemacht wurden. Sie lauten im Original beispielsweise:

Arbeit am Berufsbild der Psychotherapeuten;

Marketing für Therapie zu betreiben, um Krankenkassen unter Öffentlichkeitsdruck zu bringen;

für eine Solidarisierung unter Psychotherapeuten sorgen;

Berufspolitik - z.B. diese Erfassung finde ich ganz wichtig;

Psychotherapie in die medizinische Versorgung integrieren - Psychotherapie auf Krankenschein;

Verankerung der Psychotherapie im Gesundheits- und Sozialwesen;

politischer Einfluß;

Medienpräsenz.

Insofern können die Befragungsergebnisse als Aufforderung gelesen werden, der Verband möge dort aktiv sein, wo die oder der einzelne keine breitenwirksamen Einflußmöglichkeiten hat. Und daraus könnten z.B. folgende konkreten Aufgabenbereiche abgeleitet werden:

- Die großteils vereinzelt Individualisten, die unseren Berufsstand wesentlich kennzeichnen, durch Informationsarbeit an die für sie wichtigen Ereignisse anzubinden;
- das Wissen der Allgemeinheit und der Meinungsmacher über die mit psychotherapeutischer Hilfe verbundenen Chancen zu erhöhen und damit das Prestige unseres Berufsstandes zu verbessern,
- die Vielfalt der angewendeten Methoden für Hilfesuchende durchschaubarer machen.

Eine Informationsstelle einzurichten, bei der potentielle Psychotherapie-Patienten ihnen wichtige Orientierungsfragen beantwortet bekommen, eine WLP-Zeitung zu initiieren und regelmäßig zu verschicken - das sind zwar zeit- und kostenintensive

Aktivitäten, aber sie sind (wie man sehen kann) sogar relativ schnell machbar.

Die offensichtlich dem Berufsverband zugedachten Kernaufgaben, von denen hier vor allem die Rede war sind allerdings nur mittel- oder langfristig zu verwirklichen; und das auch nur, wenn die jeweiligen ehrenamtlichen Funktionäre und viele Mitglieder den entsprechend langen Atem haben.

Ich habe die kurze Artikelserie über die Ergebnisse der WLP-Studie nicht ohne Absicht gerade mit diesem Kapitel begonnen, das für viele wahrscheinlich nicht das spannendste ist. Am 29. Jänner 1994 findet in Linz die dritte ordentliche Generalversammlung des Österreichischen Bundesverbandes statt. Dort stehen Themen auf der Tagesordnung, deren Behandlung (wieder einmal) eine Weichenstellung für die Organisation des Berufsverbandes der österreichischen Psychotherapeuten bedeuten wird: die Verteilung der Finanzen, die Prioritäten des ÖBVP und - nicht zuletzt - die Wahl des Präsidiums. Bei derartigen Veranstaltungen ist jedes Mitglied stimmberechtigt und daher aufgerufen, seine Mitbestimmungsmöglichkeiten auch wahrzunehmen.

Die Ergebnisse der Befragung belegen meiner Meinung nach eindrücklich, daß es dafürsteht, daß wir uns um uns kümmern, statt dahinzukümmern. Also: Schreiben Sie doch bitte, wenn Sie etwas zu diesen Ergebnissen oder ihrer Präsentation sagen wollen. Oder noch besser, bestimmen Sie gleich mit und nehmen Sie sich am 29. 1. 1994 Zeit für Linz!

Dr. Gertrude Wille-Römer
1. Stv. Vorsitzende des WLP

Hat die neue Umsatzsteuerregelung Auswirkungen auf die KlientInnen?

Ganz kurz gesagt: ja, aber genaue Informationen sind im Einzelfall nötig

Die neue Umsatzsteuerregelung heißt: die 40 000er-Grenze gibt es nicht mehr. Für freiberuflich tätige PsychotherapeutInnen mit einem Jahresumsatz bis 300 000.- öS (d.h. wenn Sie sicher unter dieser Grenze bleiben) gibt es die Möglichkeit der unechten Befreiung von der Umsatzsteuer.

Folgen: Keine Umsatzsteuer zahlen. Keine Umsatzsteuererklärung abgeben. Aber auch keine Vorsteuer abziehen, z.B. bei Fortbildung, Miete, Büromaterial, das Sie einkaufen.

Wichtig: Es darf in den Ausgangsrechnungen, z.B. Honorare keine Umsatzsteuer ausgewiesen werden, auch kein Zusatz über einen Umsatzsteuerprozentsatz. Es besteht Gefahr, daß in Vorjahren geltend gemachte Vorsteuerbeträge zurrückverrechnet werden müssen, wenn nicht Regelbesteuerung beantragt wird.

Auswirkung: Wenn eine Honorarnote für Psychotherapie keine Umsatzsteuer enthält, wird von der Krankenkassa auch keine Umsatzsteuer ersetzt. Das heißt der Kostenzuschuß beträgt genau 300.- öS. Wer weiterhin mit Umsatzsteuer verrechnet, muß auch Umsatzsteuererklärungen abgeben, aber dessen KlientInnen erhalten wie bisher 360.- öS Zuschuß.

Frage: Was passiert, wenn Sie während des Jahres die 300 000er-Grenze überschreiten? Nehmen Sie Kontakt zu Ihrem Steuerberater auf.

DSA Ingrid Farag
2. Stv. Vorsitzende

Das war 1993

Wien: STICHWORTE ZUM ABGELAUFENEN WLP-JAHR

KASSENVERTRAG

Ein erster Anlauf - vorläufig noch ohne Abschluß. Der WLP organisiert dazu eine repräsentative Telefon-Umfrage unter den Wiener PsychotherapeutInnen, vier regionale Informationsveranstaltungen mit Auskunftspersonen der WGKK, nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur weiteren Vorgangsweise. Drei Sondierungsgespräche mit der WGKK schaffen eine trotz dieser Umstände akzeptable Gesprächsbasis. Interventionstätigkeit in einzelnen Streitfällen. Seit Herbst Mitarbeit in der neuen ÖBVP-Arbeitsgruppe "Gesamtvertrag" zur Diskussion möglicher Alternativen.

GRUNDLAGEN-ERHEBUNG ZUR "SITUATION DER PSYCHOTHERAPIE IN WIEN"

Im Herbst führt der WLP eine Großumfrage unter den in Wien tätigen 1600 PsychotherapeutInnen durch. Mehr als 700 beteiligen sich an der Erhebung, deren Ergebnisse derzeit ausgewertet werden. Der Vorschlag des WLP an die anderen Landesverbände, die gleiche Erhebung in ihren Bundesländern durchzuführen, wird 1994 realisiert werden.

INFORMATIONSTELLE FÜR PSYCHOTHERAPIE

Gestützt auf die in Wien tätigen psychotherapeutischen Vereinigungen, vereinsunabhängige PsychotherapeutInnen und die supervisorische Mitarbeit von Univ.Do. Dr. R. Schindler eröffnet der WLP im November die Informationsstelle für Psychotherapie IP, die seither ihre wichtige Funktion mit großem Erfolg wahrnimmt.

WLP-BÜRO

NIMMT REGELMÄSSIGEN BETRIEB AUF

Seit August gewährleistet ein regelmäßiger Betrieb des WLP-Büros an 4 Tagen/Woche die unabdingbare Infrastruktur für die Arbeit des Verbandes.

VERANSTALTUNGSTÄTIGKEIT

Gemeinsam mit der Wiener Ärztekammer organisiert der WLP im Juni die Veranstaltung "Body and Soul". Sie stößt auf ebenso reges Interesse wie die beiden WLP-Veranstaltungen zur stationären und ambulanten "Psychotherapie in Institutionen".

Im Herbst wird ein WLP-Fest veranstaltet. Die a.o. Landesversammlung befaßt sich mit der "Halbjahresbilanz" und den Vorhaben für die nächste Periode und beschließt einige Statutenänderungen.

REGIONALE VERNETZUNG

Nach den regionalen Veranstaltungen zum Kassenvertrag vor dem Sommer setzt der WLP im Herbst eine weitere Initiative zur regionalen Vernetzung der Wiener PsychotherapeutInnen. In allen vier WLP-

Regionen finden Regionaltreffen statt, die zu einer regelmäßigen Einrichtung zur Förderung des Kontakts und der Zusammenarbeit werden sollen.

WLP-NACHRICHTEN

Mit zehn Ausgaben der WLP-Nachrichten baut der WLP seine Informationstätigkeit für die Mitglieder - und bei einigen Ausgaben für alle Wiener PsychotherapeutInnen - in diesem Jahr wesentlich aus.

PSYCHOTHERAPEUT/INNEN IN AUSBILDUNG

Einen Schwerpunkt bildet das Engagement für eine adäquate Lösung der zahlreichen anstehenden Probleme der PsychotherapeutInnen in Ausbildung. Der WLP unterstützt aktiv die Entsendung einer ständigen Auskunftsperson der Pth in Ausbildung in den Psychotherapiebeirat: im Herbst wird dies im Beirat beschlossen. Der WLP weist in einem ausführlichen Papier auf die berufspolitische Problematik der ins Auge gefaßten Auslegung der 2. Übergangsbestimmung hin - die ÖBVP-Bundeskonzferenz schließt sich diesen Bedenken an und faßt entsprechende Beschlüsse. Mit Unterstützung des WLP wird eine ÖBVP-Ausbildungskommission eingesetzt. Eine WLP-Arbeitsgruppe prüft Möglichkeiten zur Gründung einer Groß-Gemeinschaftspraxis in Wien, um den Praxiseinstieg der Pth i.A. zu fördern.

PROJEKT WLP-SCHIEDSSTELLE

Eine WLP-Arbeitsgruppe nimmt die Ausarbeitung eines Konzepts für den Aufbau der im Berufskodex für PsychotherapeutInnen vorgesehenen Beschwerde-, Schlichtungs- und Schiedsstelle des WLP in Angriff, die zur Bereinigung von Streitfällen zwischen PatientInnen und TherapeutInnen, Streitfällen aus dem Ausbildungsverhältnis und zwischen PsychotherapeutInnen beitragen soll.

Dr. Gerhard Stemberger
WLP-Vorsitzender

Psychotherapeutin
sucht
PRAXISRAUM
ab Febr 1994
bevorzugt in Frauengemeinschaftspraxis
Mag. Christine Prillhofer
Tel: 33 58 204 oder 027 42/57 517

bez. Anzeige

"Wege zum Menschen"

Video-Serie und Diskussion zu verschiedenen Psychotherapiemethoden:

WLP-Veranstaltungsreihe an der VHS Urania Wien.

Die meisten Menschen haben nach wie vor wenig konkrete Vorstellung davon, was in der Psychotherapie eigentlich "passiert" und worin sich dabei verschiedene Psychotherapiemethoden praktisch unterscheiden.

In einer Veranstaltungsserie an der VHS Urania versucht der WLP zu diesen Fragen in einfacher und anschaulicher Weise Informationen zu vermitteln. Dazu wird jeweils als Einstieg zu jedem Abend ein 45-minütiges Video gezeigt, das Einblick in die Geschichte einer Psychotherapiemethode und in die praktische Arbeit eines ihrer namhaften Vertreter gibt. Ein/e Psychotherapeut/in der entsprechenden Richtung steht anschließend zur Verfügung, um das Gezeigte vor dem Hintergrund der eigenen Praxiserfahrung zu kommentieren und auch auf Unterschiede und Weiterentwicklungen innerhalb der jeweiligen Methoden in der heutigen Praxis in Österreich hinzuweisen. Darüber hinaus steht ein/e Vertreter/in des WLP für allgemeinere Fragen zur Psychotherapie in Wien zur Verfügung.

14.2.94

Am Anfang war die Couch

Video zur Psychoanalyse
mit T.H. BROCHER
Kommentiert von Felix de Mendelssohn

28.2.94

Die Kraft des Guten

Video zur Klienten- bzw.
Personenzentrierten Psychotherapie
("Gesprächspsychotherapie")
mit C.R. ROGERS
Kommentiert von Sylvia Gaul

14.3.94

Leben heißt wachsen

Video zur Gestalttherapie
mit L.S. PERLS
Kommentiert von Renate Krisch

11.4.94

Ich will mich ändern

Video zur Kognitiven Verhaltenstherapie
mit F.H. KANFER
Kommentiert von Ruth Werdigier

25.4.94

Die fünf Freiheiten

Video zur Familientherapie
mit V. SATIR
Kommentiert von Josef Schörghofer

jeweils Montag, 19.00 - 21.00 h

Ort: VHS Urania

Gesamtleitung für den WLP:

DSA Ingrid Farag

Die Reihe wird im nächsten Semester fortgesetzt.

Störfaktor Psychotherapie ?

Podiumsdiskussion im Octogon der CA
am 26.1.1994, 20.00 Uhr

Wie schon in der letzten Ausgabe und in einer Ihnen eigens zugegangenen Aussendung angekündigt, findet am 26.1.94 eine großangelegte Podiumsdiskussion mit prominenter Besetzung über gesellschaftspolitische Implikationen der Psychotherapie in der Gesundheitspolitik statt.

Vergessen Sie bitte nicht, Ihre Antwortkarten einzusenden, um sich Ihre Teilnahme zu sichern. Besonders interessant ist der Abend auch durch die Zusammensetzung des Auditoriums: PsychotherapeutInnen und niedergelassene ÄrztInnen wurden zur Teilnahme eingeladen.

Ausbildungslehrgang Psychotherapeutisches Propädeutikum

Allgemeiner Teil
der Psychotherapieausbildung

Beginn März 94
Dauer 4 Semester

Der Lehrgang entspricht den Bestimmungen
des Psychotherapiegesetzes und ist vom
Gesundheitsministerium anerkannt

Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik

Akademie für Psychoanalyse

Kugelfanggasse 58, 1210 Wien
0222 / 271 71 66

bez. Anzeige

WLP Regionaltreffen

Um den Informations- und Erfahrungsaustausch zu fördern, die Tätigkeitsfelder der Mitglieder und Möglichkeiten der Kooperation kennenzulernen und Möglichkeiten gemeinsamen Vorgehens bei der regionalen Öffentlichkeitsarbeit, beim Kontakt mit Ärzten und Einrichtungen und in anderen Angelegenheiten zu besprechen, werden seit Herbst letzten Jahres regelmäßige Regionaltreffen interessierter WLP-Mitglieder der angrenzenden Bezirke durchgeführt. Machen auch Sie von diesen Möglichkeiten der regionalen Vernetzung der PsychotherapeutInnen in Wien Gebrauch!

NÄCHSTE TERMINE:

Region NO

(1., 2., 3., 20., 21. und 22. Bezirk)

Dienstag, 22.2.1994, 19h30

Café Zartl, 1030, Rasumofskygasse 7

Region SO

(4., 5., 6., 10. und 11. Bezirk)

Montag, 24.1.1994, 20h

Café Wortner, 1040, Wiedner Hauptstr. 55

Region SW

(7., 12., 13., 14., 15. und 23. Bezirk)

Mittwoch, 2.2.1994, 20h

China-Restaurant Kunkun, 1120, Schönbrunnerstr. 262

Region NW

(8., 9., 16., 17., 18. und 19. Bezirk)

Donnerstag, 20.1.1994, 20h

Café Bauernfeld, 1090, Bauernfeldplatz

ÖBVP Symposium

ANGST IN/UM/VOR EUROPA

Begrüßung:

Dr. Alfred Pritz, Psychotherapeut und Präsident des ÖBVP

Referate:

- Dr. Brigitte Ederer, Staatssekretärin für Europafragen (angefragt)

- Dr. Johannes Voggenhuber, Abgeordneter zum Nationalrat (angefragt)

- Prof. Dr. Alexander Filz, Psychiater und Psychotherapeut, Professor für medizinische Fortbildung Universität Lemberg. "Lemberg: der geographische Mittelpunkt Europas"

- Mag. Michael Schmidt, ZDF Reporter Mainz/Sarajewo. "Sarajewo - eine Stadt in Europa"

- Mag. Dr. Eveline List, Psychoanalytikerin und Juristin, Österreichische Verwaltungsakademie Wien. "Angst und Bürokratie"

- Dr. Urs Wagner, Psychotherapeut / Psychoanalytiker in freier Praxis in Wien. "Abhängigkeit und Autonomie in Europa"

- Mag. Dr. Reinhard Skolek, Psychotherapeut / Analytische Psychologie, Niederösterreichische Landesakademie Krems. "Europäische Archetypen"

anschließende Podiumsdiskussion:

mit den ReferentInnen unter Leitung von Dr. Hugo Portisch (angefragt)

Termin: 5. 3. 1992, 9.00 - 13.30 Uhr

Ort: Neues AKH, HS Zentrum, Wien

Die nächste Nummer der WLP-Nachrichten erscheint voraussichtlich im Feber 94.

WLP/ÖBVP TERMINE

20.1.94 Regionaltreffen NW	Psychoanalyse, VHS Urania	VHS Urania
24.1.94 Regionaltreffen SO	15.2.94 Diskussionsabend zum KAG	5.3.94 WLP-Landesversammlung
26.1.94 Podiumsdiskussion: Störfaktor Psychotherapie	22.2.94 Regionaltreffen NO	5.3.94 ÖBVP - Symposium: Angst in/um/vor Europa
29.1.94 ÖBVP- Generalversammlung, Linz	26.2.94 ÖBVP - Praxisführungsseminar	14.3.94 WLP Informationsabend: Gestalttherapie, VHS Urania
29.1.94 Masquerade, Linz	28.2.94 WLP Informationsabend: Klienten- und Personen-zentrierte Psychotherapie,	19.3.94 WLP Veranstaltung: Body and Soul
2.2.94 Regionaltreffen SW		
14.2.94 WLP Informationsabend:		

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber:

WLP, 1010, Rosenbursenstr. 8/3/7

Tel. 512 70 911 Fax 512 70 914

Redaktion dieser Ausgabe: Walter Kabelka

Lay-out: Maria Uhl

Verlagspostamt: 1010 Wien, P. b. b.

DVR 0738506

An:

DVR: 0738506

DSA Ingrid Farag
Psychotherapeutin
Würthg. 4a
1190 Wien